

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 7/45. Jahrgang

Juli 2014

Schutzgebühr: 0,40 €

Neue Wohnungen nur für Reiche?

Alle paar Wochen werden in Gießen neue Wohnprojekte vorgestellt, auf ehemaligen Industrieflächen, auf Militärfeldern oder früheren Kleingärten wie am Güterbahnhof. Alle diese Planungen haben eines gemeinsam: Es handelt sich um hochpreisige Wohnungen, vor allem Eigentumswohnungen. Wer auf bezahlbare Mietwohnungen angewiesen ist, schaut in die Röhre. Ihre Planungshoheit wird von der Stadt nicht genutzt. Sie könnte in

den Bebauungsplänen von den Investoren auch den Bau von Sozialwohnungen verlangen. Auch die städtische Wohnbau kommt ihrer eigentlichen Aufgabe, Wohnraum für alle Gießener zu schaffen, nicht nach. Mit sogenannten energetischen Sanierungen vergrößert sie den Anteil teurer Wohneinheiten. Solche Maßnahmen sind zwar zu begrüßen, nach geltendem Recht

werden sie aber allein von den Mietern bezahlt. Der Investor streckt die Kosten nur vor, innerhalb von 10 Jahren holt er das Geld aber von den Mietern wieder rein und kommt in den Genuß der Wertsteigerung. Der Mieter spart zwar Heizkosten, aber erfahrungsgemäß macht das nur 30% bis maximal 50% der Mieterhöhung aus. Da bundesweit die Mieten teilweise dramatisch steigen hat die Große Koalition als Beruhigungsspiel-



Fußball-WM: Das Eckige muss ins Runde!

le eine „Mietpreisbremse“ beschlossen. Städte können entscheiden, ob sie die Gültigkeit dieser Bremse für ihr Gebiet beantragen. Der Gießener Magistrat hat gegenüber der Landesregierung geäußert, hier sei die Wohnungslage „entspannt“. Jeder, der in der Stadt eine bezahlbare Wohnung sucht, kann darüber nur den Kopf schütteln. Nach Angaben des Mietervereins stehen allein auf der War-

(Fortsetzung S. 3)



21.6.: Protest von Realmitarbeitern vor Globus

116 Real-Beschäftigte vor dem Aus

Zum 23. 6. macht der Real-Markt in Lollar dicht. 116 Kolleginnen und Kollegen verlieren ihren Arbeitsplatz. Die meisten sind zwischen 52 und 60 Jahre alt und schon lange dort beschäftigt. Sie stehen vor dem Nichts bzw. nach dem Arbeitslosengeld (max. 1 – 2 Jahre), vor Hartz IV.

Obwohl in einem dreiseitigen Vertrag zwischen real, dem Besitzer der Immobilie und Globus verbindlich geregelt ist, daß mit der Weitergabe von Real an Globus auch alle Arbeitsverhältnisse übernommen werden, machte Globus einen Rückzieher. Für die Geschäftsleitung von Real, die jetzt die Aufwendungen für den Sozialplan in Millionenhöhe als Schadensersatz einfordert, handelt es sich um einen glatten Vertragsbruch.

SB-Warenhäuser haben an Zugkraft verloren. Bei Real sieht es noch schlimmer aus. Neben Lollar sollen in Hessen drei weitere Märkte geschlossen werden. Bei sinkender Kaufkraft kann nicht immer mehr eingekauft werden. Hinzu kommen die völlig überzogenen Öffnungszeiten (auch sonntags), die Handelsunternehmen in den Ruin treiben.

Auch das ist Ausdruck der planlosen kapitalistischen „freien Marktwirtschaft“.

Inhalt:

DDR-Zwangsarbeit/Ukraine	S.2
LaGa-Wahnsinn/Rübsamen-Steg	S.3
Erfolg Charité/Mindestlohn	S.4
Buchtipps: Walter Ulbricht	S.5
Krieg in der Ukraine	S.6
NS-Nachleben/Beltz-Platz/Eritreafestival	S.7
Termine/Gauck zu Pfingsten	S.8

Für Frieden und Sozialismus!



„Es war nicht alles gut in der DDR“

Rechtzeitig zum Jahrestag des 17. Juni wurde in Berlin eine Studie über „Zwangsarbeit in der SBZ/DDR“ vorgestellt.

Wohlgemerkt es geht hier nicht um ein System der Zwangsarbeit wie Hartz IV, mit dem Menschen gezwungen werden, jede Arbeit für einen Hungerlohn zu verrichten – weil ihnen sonst ihre mickrige Unterstützung bis auf den letzten Cent gestrichen wird.

Nein, es geht um die „Zwangsarbeit“ von Strafgefangenen, die gesetzlich zulässig und üblich ist. Insbesondere geht es um DDR-Betriebe, in denen Häftlinge für ausländische Firmen gearbeitet haben – auch für IKEA. Nachdem 2012 der Vorwurf erhoben wurde, der Konzern habe sich an der Arbeit von Strafgefangenen bereichert, hat IKEA mit einer beträchtlichen Spende an die „Opferverbände“ diese knapp 500 Seiten umfassende Studie finanziert – das pflegt das Image. Wie in anderen Fällen des „DDR-Unrechts“ sind auch hier die „Opferzahlen“ in den letzten 25 Jahren stetig gestiegen – steht doch eine Ent-

schädigung in Aussicht. Und, noch wichtiger: angesichts immer asozialerer Verhältnisse in der BRD darf nicht nachgelassen werden, „die DDR zu delegitimieren“, wie es Justizminister Kinkel von 25 Jahren gefordert hatte.

Richtig ist, daß in der DDR Häftlinge nicht „Tüten kleben“ mußten, sondern normal gearbeitet haben und nach Tarif bezahlt worden sind. Nach Abzug verschiedener Kosten verblieben ihnen 260 Mark im Monat, was für DDR-Verhältnisse und gemessen an der Kaufkraft nicht wenig war – verglichen mit den Hartz-IV-Sätzen sogar üppig.

Aber die schlimmen Verhältnisse: laut Studie waren die Aufenthalts- und Duschräume der Strafgefangenen erheblich primitiver als die der „normalen“ Beschäftigten. Was soll uns damit gesagt werden? Wahrscheinlich waren ihre Zellen im Knast – verglichen mit den Wohnungen der „normalen“ Arbeiter – auch viel primitiver. Daß alles getan wurde, um diesen „Zwangsarbeitern“ nach der Haftentlassung ein geregelteres Leben zu er-

möglichen, fehlt selbstredend in diese Studie. Der Rat jeder Stadt (Magistrat) war verpflichtet, jedem einen Arbeitsplatz zur Verfügung zu stellen und dafür zu sorgen, daß eine evtl. begonnene Berufsausbildung oder Weiterbildung beendet werden konnte. Sie waren darüber hinaus verpflichtet, jedem eine Wohnung zu besorgen. Das stieß übrigens oft bei anderen Wohnungssuchenden – insbesondere frisch Verheirateten oder (schlimmer!) frisch Geschiedenen – auf Kritik, mußte aber strikt eingehalten werden. Darüber mußte einmal im Jahr Rechenschaft abgelegt werden, und die Staatsanwaltschaft war zur Kontrolle verpflichtet.

Daß die ganze DDR-Hetze und – Verleumdung trotz aller Bemühungen und Greuelmärchen immer weniger auf fruchtbaren Boden fällt, merken auch die Herrschenden. Und so stellte denn Staatssekretärin Gleicke bei der Vorstellung der Studie bedauernd fest: „Früher hieß das: ‚Es war nicht alles schlecht.‘ Heute müßte das bei manchen eher heißen: ‚Es war nicht alles gut.‘“ Erika Beltz

SDAJ und DKP informierten über den Krieg in der Ukraine

SDAJ und DKP hatten am 12. Juni zu einer Veranstaltung „Ukraine – Spielball imperialistischer Interessen“ ins Café Amélie eingeladen, die mit etwa 45 Interessierten gut besucht war. Henning Mächerle wies in seinem Referat auf die dort herrschenden ökonomischen und sozialen Bedingungen hin und forderte auf, Svoboda und die an der Regierung befindlichen Faschisten zu isolieren. Es wurde die Notwendigkeit deut-

lich, Solidarität mit den Antifaschis-



ten und anderen Demokraten zu fördern. Die lebhafteste Diskussion führte dazu, aus der Versammlung heraus einen Infostand durchführen zu wollen und die Rote Hilfe zu unterstützen, die dazu aufruft, verfolgte Antifaschistinnen und Antifaschisten im Kampf gegen die Repression materiell und ideell zu unterstützen.

Foto: Lars von der SDAJ leitete die Veranstaltung, rechts Henning Mächerle

Die Tageszeitung

jungeWelt

drei Wochen probelesen!

www.jungewelt.de/testabo
Abotelefon: 0 30/53 63 55 50

Das Probeabo ist kostenlos und endet automatisch.

Eine hervorragende aktuelle Berichterstattung bringt die Tageszeitung "junge Welt"

Ihr Markenzeichen:

**Sie lügen wie gedruckt.
Wir drucken, wie sie lügen.**

uz unsere zeit
Sozialistische Wochenzeitung

Woche für Woche Antikriegszeitung

Wochenzeitung der DKP

**10 Wochen
kostenlos testen**

CompressVerlag, Hoffnungs-
Str. 18, 45127 Essen

Wo geht's weiter? Rübsamen-Steg ohne Wegweiser

Viel Betrieb! Seit der Eröffnung der neuen Lahnbrücke von der Nordstadt in die Weststadt (und umgekehrt) ist richtig was los! Viele Fußgänger und Radler benutzen die neue Brücke, um die Erholungsgebiete an der Lahn zu erreichen. Für die Menschen aus Gießen kein Problem; man kennt sich aus und weiß, wie es nach der Überquerung der Brücke weitergeht. Doch was machen Radler von außerhalb, die vom Wismarer Weg kommend oftmals ratlos dort stehen, Karten anschauen und dann fragen, wohin die Brücke führt. Denn der letzte Hinweis mittels Schilder ist kurz nach Wismar zu finden. Nur ein Landesgartenschau-Hinweis befindet sich an der neuen Brücke. Zuwenig! Es fehlen klare Wegweiser Richtung Wetzlar bzw. Gießen Innenstadt. Gut, daß es nette Einheimische gibt, die gerne weiterhelfen. - Frage an die Stadt: Wann gibt es endlich einen Fahrradweg im Wismarer Weg?

H.A.



Weit und breit kein Wegweiser



Auch nach permanenter Dauer-Werbung ist das Interesse nicht wirklich gestiegen: die Besucherzahlen liegen weit hinter den Erwartungen zurück: nach einem Drittel der LaGa-Zeit bei 2789 pro Tag. Damit die geplanten Schulden von 2,6 Mio Euro

(andere Rechnungen gehen schon jetzt von viel mehr aus) bleiben, müßten täglich mehr als 4000 Besucher kommen. - Auch die „Wegebahn“ fristet ein kümmerliches Dasein: sie hat im Durchschnitt nur neun Fahrgäste in ihren drei Waggons.

(Fortsetzung von Seite 1)

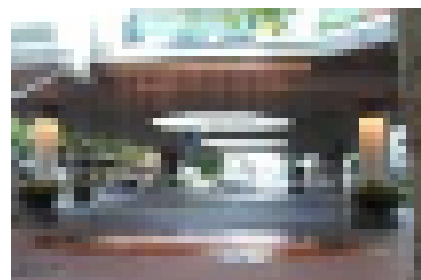
Wohnungen für Reiche

teliste der Wohnbau 1200 Anfragen nach einer Sozialwohnung. Mit der Mietpreisbremse dürfen die Mieten innerhalb von 3 Jahren „nur“ um 15% steigen. Wie man leicht ausrechnen kann, können sich dann die Mieten immer noch innerhalb von 16 Jahren verdoppeln – jeder weiß, daß die Einkommen da weit hinterherhinken. Wohnen ist ein Menschenrecht, das im Kapitalismus aber keine Gültigkeit hat. Die Verfügung über Wohnraum müßte eine öffentliche Aufgabe sein – das aber setzt den Kampf um eine andere Gesellschaftsordnung voraus. Wie inzwischen bekannt wurde, will der Magistrat doch eine Mietpreisbremse für kleine Wohnungen (kleiner als 50 m²) beantragen.

Gernot Linhart

Elefantenklo jetzt mit Wasserspülung

Man sieht es erst auf den zweiten Blick: Das Elefantenklo hat jetzt eine Wasserspülung. Am Ende des Selterswegs rinnt vom Fußgängerplateau ein dünner Wasserfilm herab.



Mancher Fußgänger und Radfahrer hat ihn schon übersehen und sich über die plötzliche Feuchtigkeit gewundert. Viel schöner wird der Seltersweg dadurch nicht, auch wenn es eine Menge Geld gekostet hat.

Es gibt weiteren Ärger: Die Angehörigen von Kindern, die zu einer Aufführung auf der LaGa bereit waren, sollten vollen Eintritt bezahlen – worauf der Auftritt nicht stattfand. - Behinderte, die von einer Person kostenlos begleitet werden können, müssen ihren Behinderten-Ausweis kopieren lassen, „um Mißbrauch vorzubeugen“. Gehen die Verantwortlichen wirklich davon aus, ein behinderter Mensch würde das Gelände der LaGa verlassen und mit einer 2. Begleitperson wieder eintreten? Oder ist das nicht eher eine Maßnahme, um das Kassenpersonal zu kontrollieren?

Was sagt das Umweltamt?

Die Vorweg-Ablehnung des Vorschlages, die BI Stoppt diese Landesgartenschau für den Umweltpreis zu nominieren, bleibt nicht unwidersprochen. Dem Umweltamt der Stadt Gießen ging folgendes Schreiben des Antragsstellers zu:

Sehr geehrte Damen und Herren, aus der Gießener Presse („Gießener Echo“ vom Juni 2014) habe ich entnommen, dass bei der Nominierung zum Umweltpreis 2014 mein Vorschlag, die Bürgerinitiative „Stoppt diese Landesgartenschau“, bereits im Vorfeld von der Jury aus der Reihe der Bewerber entfernt wurde. Damit hatte mein Vorschlag nicht einmal die Möglichkeit durch Mitglieder der Jury gewählt zu werden. Wenn diese Meldung stimmt, halte ich dieses Vorgehen für empörend; es entspricht nicht den demokratischen Gepflogenheiten, die immer so im parlamentarischen Raum betont werden. Wenn diese Meldung stimmt, würde dieses Vorgehen auch gegen die Bestimmungen der Satzung zum Umweltpreis verstoßen.- Ich bitte Sie, dass Sie mir innerhalb von zwei Wochen mitteilen, ob diese Meldung stimmt.

Erfolg für ver.di: 80 neue Pflegestellen für Charité – ein Beispiel fürs Uniklinikum

Seit fast einem Jahr führt die Gewerkschaft ver.di am Berliner Uniklinikum Charité einen ungewöhnlichen Tarifkampf. Es geht nicht um mehr Geld, sondern um mehr Stellen. Ziel ist ein Tarifvertrag über Mindeststandards für die Personalausstattung. Jetzt wurde ein Teilerfolg errungen. Die Klinikleitung hat sich verpflichtet, bis Jahresende 80 neue Pflegekräfte einzustellen. Über die Verteilung der Stellen soll eine Gesundheitskommission entscheiden, in der Klinikleitung und Personal vertreten sind.

Das ist vollkommen neu, denn bisher war Personalbemessung ausschließlich der Geschäftsführung vorbehalten. Der Vertrag gilt nur bis Ende des Jahres, dann soll über die Auswirkungen und das weitere Vorgehen beraten und entschieden werden. 80 neue Stellen sind natürlich nicht genug, aber ein Anfang. Am Uniklinikum Gießen-Marburg macht die angespannte Personalsituation seit Jahren Schlagzeilen. Der Berliner Erfolg könnte ein Ansporn sein, auch hier für mehr Personal zu kämpfen. Gernot Linhart



Mindestlohn-Ausnahmen: Arbeitslose in der Drehtür

Langzeitarbeitslose finden, wenn überhaupt, oft nur einen miesen Job im Niedriglohnbereich. 42% der 132.000 Langzeitarbeitslosen, die 2013 eine sozialversicherungspflichtige Anstellung ergattern konnten, schufteten nun in den berüchtigten Niedriglohnbranchen Handel, Gastgewerbe und wirtschaftliche Dienstleistungen: Im Einzelhandel malochen 69%, im Gastgewerbe 77% und bei den Dienstleistungen zwischen 55 und 68% aller Beschäftigten unterhalb der Niedriglohnschwelle.

Das erklärt, warum gerade diese Branchen sich gegen die Einführung eines Mindestlohnes zur Wehr setzen. Doch „dank“ der Koalitionäre von CDU/CSU und SPD gibt es ja ein

extra für sie konstruiertes Schlupfloch zur Umgehung des Mindestlohnes: Unternehmen können Langzeitarbeitslose für die Dauer von bis zu sechs Monaten – in denen diese



keinen Anspruch auf einen Mindestlohn haben – einstellen, anschließend wieder entlassen und beliebig oft durch neue Langzeitarbeitslose

austauschen. So betrügt man mit der vom geschäftsführenden Ausschuss des Kapitals beabsichtigten Ausnahmeregelung die Langzeitarbeitslosen nicht nur um ihre Mindestbezahlung,

sondern gleichzeitig um eine dauerhafte Beschäftigung. Gleichzeitig ist diese diskriminierende Ausnahme geradezu eine Einladung, auch an tarifgebundene Unternehmer, den Mindestlohn bei Langzeitarbeitslosen bis zur Grenze der Sittenwidrigkeit zu unterschreiten.

Nach der in diesem unserem realkapitalistischen Lande aber gängigen Rechtsprechung ist die Bezahlung erst dann sittenwidrig, wenn ein Drittel weniger als das ortsübliche Entgelt gezahlt wird. Das entspräche bei 8.50 Euro allgemeinen Mindestlohn einem Lohn von skandalösen 5.67 Euro pro Stunde.

Deshalb: Weg mit den von der GroKo geplanten Ausnahmen vom Mindestlohn, denn sonst bekommt die „Hire-and-Fire“-Mentalität der Unternehmer zusätzlichen Auftrieb. Der Dumpinglohn Druck auf die regulär Beschäftigten nimmt noch stärker zu. Und die durch die Ausnahmeregelung ermöglichten Extraprofite müssen von den Beschäftigten und Steuerzahlern bezahlt werden: Erstens in Form von Aufstocker-Leistungen bei Niedriglöhnen, zweitens als Hartz-IV-Drehtüreffekt, da bei derart geringer Beschäftigungsdauer ein Bezug von Arbeitslosengeld 1 bekanntlich ausgeschlossen ist.

Manfred Dietenberger (aus: UZ – Unsere Zeit, Zeitung der DKP vom 20.6.14)



Buchbesprechung: Walter Ulbricht

Der letzte DDR-Staatsratsvorsitzende Egon Krenz hat ein Buch über Walter Ulbricht herausgegeben, in dem Weggeführten ihre Erlebnisse mit dem einst führenden SED-Politiker wiedergeben. Manche Berichte zeigen einen lernbereiten, für Neues aufgeschlossenen Ulbricht, andere einen eher starrsinnigen Politiker, der Stalinschen Traditionen eng verhaftet bleibt. Schon der Publizist Sebastian Haffner hat ihn unter die Großen der deutschen Politik seit Otto von Bismarck eingeordnet. Das westdeutsche Bild eines beschränkten Apparatschiks, der das Sächsische zur „Amtsprache“ seiner Republik gemacht habe, stimmte noch nie.

Schon sehr bald nach dem Kriege brachte mir ein Verwandter von der Leipziger Messe eine mich fesselnde Broschüre mit: „Die Legende vom deutschen Sozialismus“, in der Walter Ulbricht den noch in vielen Köpfen spukenden Glauben zerstörte, es habe sich beim „Nationalsozialismus“ um eine Spielart des Sozialismus gehandelt. (Heute ist die Legende vom „Nationalen Sozialismus“ hierzulande wieder modern, man vergleiche Götz Aly's gleichnamiges Buch.) Etwa beschrieb er, wie keineswegs mit Hitlers Machtantritt die Arbeitslosigkeit schlagartig beseitigt war, wie dieses Ziel mit niedrigsten Löhnen und ungehemmter Kriegsrüstung bis 1938 benötigte. Springen wir zum Jahr 1952: Bis heute gibt es unter Kommunisten Streit darüber, ob

die zweite Parteikonferenz der SED richtig handelte, den Aufbau der Grundlagen des Sozialismus zu beschließen. Zwar hatte schon damals Adenauers Politik der Westintegration und Wiederbewaffnung ein einheitliches demokratisches Deutschland unmöglich gemacht. Das heißt aber nicht, dass so bald nach dem Ende des Faschismus in der DDR die Voraussetzungen zum Aufbau des Sozialismus gegeben waren. Nach dem Tod des antikommunistischen SPD-Vorsitzenden Schumacher schienen mit dem neuen SPD-Vorsitzenden Erich Ollenhauer die Bedingungen für die Annäherung beider deutscher Staaten besser. Die SPD-Führung verweigerte im Namen der westlichen Alleinvertretung aller Deutschen die Annahme von Ulbrichts Brief. Wir können hier auf keine Einzelpunkte mehr eingehen. Es sei nur noch gesagt, dass Sowjet-Marschall Kulikow eindeutig bestätigt, dass die Grenzfestigung in Berlin auf Geheiß der Sowjetunion geschah. „Die DDR war auf militärpolitischem Gebiet nicht souverän“, sagt Kulikow im Interview mit Egon Krenz.

Die DDR ist gescheitert. Sie hatte sich viel vorgenommen. Während der westdeutsche Staat der Heuss, Adenauer und Schumacher wieder da anknüpfte, wo „Weimar“ gescheitert war, zogen die Kommunisten die Schlussfolgerung, den Faschismus mit seinen Wurzeln auszurotten, den Kriegstreibern endgültig das



Buchbesprechung. Walter Ulbricht. Zeitzeugen erinnern sich. Herausgegeben von Egon Krenz. Verlag: Das Neue Berlin, 2013. 24,99 Euro.

Handwerk zu legen, die Monopole zu enteignen, wie es das Potsdamer Abkommen verlangte. Angesichts des westlichen „Wirtschaftswunders“ war die Aufgabe schwer. Walter Ulbricht stand für den Erfolg versprechenden Ansatz eines Wirtschaftssystems jenseits des Kapitalismus: Das Neue Ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, um – kurz gesagt - aus der formalen Kategorie des Volkseigentums tatsächliches kollektives Eigentum zu machen. Die Feinde dieses konkreten Experiments behielten leider die Oberhand. Klaus Mewes



Krieg in der Ukraine

Ukrainische Regierungstruppen greifen mit Panzern und Bombern Städte an. Russischer Politiker spricht erstmals von "Genozid"

Einen Tag nach der „Friedensplan“ genannten Aufforderung des ukrainischen Präsidenten Poroschenko zur Kapitulation haben die Kiewer Streitkräfte eine Großoffensive gegen Stellungen der Aufständischen in den Bezirken Donezk und Lugansk begonnen. Schwerpunkt der Kämpfe war die von den Aufständischen gehaltene Stadt Krasni Liman im Norden des Bezirks Donezk. In ihrem Vorfeld setzten die Kiewer Truppen bis zu 20 Panzer, etwa 50 gepanzerte Fahrzeuge, schwere Artillerie und ihre Luftwaffe gegen die Kämpfer der „Volksrepublik Donezk“ ein. Die Aufständischen räumten große Verluste ein, berichteten aber auch, daß sie mehrere Panzer der Gegenseite vernichtet hätten. Angriffe der Kiewer Truppen gab es auch im benachbarten Bezirk Lugansk. Sie

das vor einigen Tagen bei der Rückeroberung der Stadt Mariupol aufgenommen wurde. Es zeigte Kämpfer im Rüberzivil, die von Lastwagen herunter die von ihnen „befreiten“ Anwohner mit dem Stinkefinger begrüßten. Das Kiewer Internetportal Ukrainskaja Prawda veröffentlichte dieser Tage ein Heldeninterview mit dem Kommandeur des Bataillons „Asow“, das Mariupol für die Kiewer Machthaber zurückerobert hatte. Danach besteht die Einheit aus mehreren hundert Nationalisten aus Charkiw und Umgebung – also Bewohnern des russischsprachigen Teils der Ukraine. Die Truppe sei dem Oberkommando der „Antiterroroperation“ gar nicht oder nur locker unterstellt („wir sprechen uns ab“) und führe Aufgaben aus, für die die Armeeeinheiten nicht bereit seien. Was



Vorgänge durch russische Politiker. Der Leiter der Präsidentenadministration von Wladimir Putin, Sergej Iwanow, sprach erstmals von „Völkermord“. Bei einem Auftritt im von einer Flüchtlingswelle aus der Ostukraine betroffenen Gebiet Rostow sagte er, der Bürgerkrieg gehe allmählich in einen Genozid der Kiewer Truppen an der eigenen Bevölkerung über. Das ist mehr als eine emotionale Steigerung; das Stichwort „Völkermord“ bezeichnet diplomatisch die Stufe innerstaatlicher Gewalt, ab der sich die »westliche Wertegemeinschaft« in den Fällen Kosovo, Libyen und Syrien das Recht zur bewaffneten Intervention im Sinne ihrer „Schutzverantwortung für die Zivilbevölkerung“ herausgenommen hatte. Rainer Lauterbach (aus: „junge Welt“ vom 20.6.14)



waren bis zum Donnerstag (19.6.) mittag offenbar nicht erfolgreich. Die militärische Führung der Lugansker Aufständischen teilte mit, man habe zwei Versuche der Regierungseinheiten, in die Regionalhauptstadt durchzubrechen, abgewehrt. Dabei sei ein Freiwilligenbataillon aufgegeben worden. Die Sturmtruppen der Kiewer Seite sind dabei offenbar weniger reguläre Armeeeinheiten als vielmehr solche Freiwilligenbataillone. Sie rekrutieren sich aus Aktivisten faschistischer Gruppierungen und hassen die Bewohner des Ostens offenbar – anders als wohl die Soldaten der Armee – aus tiefstem Herzen.

Diese Haltung demonstrierte ein Foto,

für Aufgaben das sind, läßt sich aus Informationen aus dem Gebiet Lugansk schließen. Dort berichteten Bewohner der Ortschaft Schtschastje („Glück“), Kämpfer der Nationalgarde seien ohne Kampf in den Ort eingedrungen und hätten jeden Zivilisten erschossen, den sie zu Gesicht bekommen hätten.

Rußland fordert seit Tagen diplomatische Schritte, um das Blutvergießen in der Ostukraine zu beenden. Versuche, in der UNO entsprechende Resolutionen durchzubringen, werden nach Angaben des Moskauer Außenministeriums aber regelmäßig von den westlichen Vetomächten zu Fall gebracht. Unterdessen verschärft sich die Kommentierung der



J.-P. Jatho: Zum Nachleben des regionalen Nationalsozialismus

In vielen Dörfern und Städten Oberhessens fiel die völkische und soziale Demagogie der Nazis auf fruchtbaren Boden. Außer in proletarisch geprägten Gemeinden wie Wieseck und Krofdorf stiegen ab 1930 die Wahlergebnisse der NSDAP überdurchschnittlich. In Leihgestern war Georg Heß, Mundartdichter und Förderer des Volkstanzes und der Volksmusik, ein Verbreiter nazistischer Ideologie. 1933 trat er in die NSDAP ein, lud hohe Parteifunktionäre zu Veranstaltungen im Ort ein und organisierte Auftritte dörflicher Tänzer und Musiker vor Hitler und anderen Parteigrößen. Nach 1945 hat ihm dieser Eifer nicht geschadet. Obwohl er sich nie von seinem Wirken in der Nazizeit distanzierte und es offensichtlich nie bereute, genoß er weiterhin hohes Ansehen im Dorf. Ein Platz und ein Preis für volkstümliche Kunst sind nach ihm benannt. Darüber entbrannte 2012 eine lokale Debatte, vor allem im Gießener Anzeiger. Der Leihgesterner Pfarrer Robert Kraft verteidigte Heß und forderte den fundierten Kritiker Jörg Peter Jatho zu einer öffentlichen Diskussion auf. Als dieser darauf einging, sollte aus der öffentlichen Diskussion aber ein privates Gespräch mit Verehrern von Georg Heß werden, was Jatho natürlich ablehnte. Stattdessen hat er den ganzen Vorgang samt Vorgeschichte und Leserbriefen in der Broschüre „Zum Nachleben einer Legende aus dem regionalen Nationalsozialismus. Ein Beispiel nur“ zusammengefaßt. Das Heft (60 Seiten) kann über die Redaktion bezogen werden. Gernot Linhart

Neu in Frankfurt: Matthias-Beltz-Platz



Am 6. Juni wurde in Frankfurt der Platz zwischen Spohr- und Neuhoferstraße sowie Friedberger Landstraße in "Matthias-Beltz-Platz" benannt - nach dem vor 13 Jahren verstorbene Kabarettisten, der seine Kindheit und Jugend in Gießen verbrachte, wo er nicht nur durch seine zahlreichen Auftritte stadtbekannt ist. Unvergessen sind die DKP-Veranstaltungen mit Matthias Beltz in der Kongreßhalle von 1995 ("25 Jahre Gießener Echo" mit der Gießener Songgruppe) und von 2000 ("30 Jahre Gießener Echo" mit Hermann L. Gremli). - Geehrt wurde er u.a. von Frankfurter Lokalpolitikern und Jonny Klinke, dem Leiter des Variete-Theaters "Tiger-Palast", das beide zusammen mit Margarete Dillinger 1988 eröffnet hatten. - Unser Foto zeigt die beiden Nichten von Matthias (mit Großnichten) während der Feierlichkeiten.

2014: Zentrales Eritrea-Festival in Bologna



Vor 40 Jahren fand das erste Eritrea-Festival - organisiert von in Europa lebenden Eritreern zur Unterstützung des Befreiungskampfes - in Bologna statt. Es symbolisiert den langen Marsch der Eritreer für Freiheit, Selbstbestimmung, Frieden, Solidarität und Einheit. 1997 beschlossen im Ausland lebenden Eritreer, in diesem Sinne jeweils in ihrem zweiten Heimatland Festivals zu organisieren. Seitdem finden in allen Ecken der Welt, von Melbourne bis Seattle, von Stockholm bis London, von Mailand bis Riad, um einige Städte zu nennen, Festivals statt - für Deutschland 2012 und 2013 in den Hessa-Hallen in Gießen. 2014 findet anlässlich des 40. Jahrestages das Festival europaweit wieder vom 4. bis 6. Juli in Bologna statt. Deswegen wird es diesmal kein Festival in Gießen geben, hoffentlich aber wieder im nächsten Jahr.

Redaktionsschluß für das August-Echo: Mi., 23.07.2014

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 20 € im Jahr (inkl. Versandkosten). Konto: Nr.193070 Sparkasse Gießen, BLZ51350025 bzw. IBAN: DE75 51350025 0000 1930 70, BIC SKGIDE5F. Druck: Druckkollektiv
Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: /www.dkp-giessen.de
Ich möchte:
 das Gießener Echo abonnieren
 das Gießener Echo online (pdf) abonnieren

Name:.....

Adresse:

.....

e-mail:



Arbeitslos und Prekär Was die EU der Jugend bietet

Veranstaltung zur Jugendarbeitslosigkeit in der EU
& die Rolle Deutschlands

Referent: Max Matthes, hess. SDAJ-Vors.
am Mittwoch, dem 9. Juli, um 19 Uhr im Café Amelié (DGB-
Haus) in Gießen
Veranstalter: SDAJ und DKP

Veranstaltung des „Griechenland-Solidaritäts-Komitees“
Lesung und anschließende Diskussion mit

Theodora Dimitroulia-Kohlhaas:

„Ungewisse Fahrt - Griechische Geschichte in Gedichten
und Liedern“ (1930 - 1970)

Mittwoch, 16. Juli, 19 Uhr, Dachsaal des DGB-Hauses Gießen,

Der Nationalsozialistische Untergrund

Tote Spitzel, verschwundene Beweise und das Märchen vom
staatlichen Versagen. Referent:

Ralf Wetzel

Autor des Buches: Der NSU-VS-Komplex: Wo beginnt der Nationalsozialis-
tische Untergrund - wo hört der Staat auf?, Münster, Unrast Verlag 2013

Dienstag, 9. September, 20 Uhr, Vortragsraum d. Kongreßhalle
Eine Veranstaltung der VVN-BdA u.a.

100 Jahr nach Beginn des 1. Weltkrieges Studienfahrt nach Verdun 20./21. September 2014

Abfahrt: Samstag, 20. 9., 8 Uhr am alten Schlachthof in der Schlachthofstr.
Rückankunft in Gießen: Sonntag, 21. 9., ca. 20 Uhr

Studienfahrt zu den ehemaligen Schlachtfeldern des 1. Weltkrieges in einem
bequemen Reisebus (u. a. mit Toilette). Teilnehmerkosten für Fahrt, Eintritts-
preise und Übernachtung im Doppelzimmer: 80 Euro (im Einzelzimmer: 95
Euro, ohne Übernachtung: 55 Euro)

Anmeldung bis spätestens 20. August per E-Mail an: Stefan.Walther1@gmx.net
bei gleichzeitiger Überweisung der Teilnehmerkosten auf das Konto von S.
Walther bei der Sparkasse Gießen, Stichwort ‚Verdun‘

IBAN: DE 79513500250025147994 - BIC: SKGIDE5FXXX

Veranstalter: Linkes Bündnis Gießen

Widerstand gegen Hartz IV

montags 18 - 19 Uhr, bei den 3 Schwätzern

Pflegekräfte machen Druck

Jeden Monat, am 2. Samstag, legen sich Pflegekräfte auf den Boden, um auf
ihre schwierige Situation aufmerksam zu machen. Zu wenig Personal führt zu
Pfledefehlern und Hygienemängeln. - Nächster Termin: Samstag, 12. Juli, von
11.55 bis 12.05 Uhr im Seltersweg/Löwengasse (Hiroshima-Platz).

Gehet hin in alle Welt
und schießt
auf alle Völker



Gaucks Pfingstbotschaft



news.dkp.de / dkp-giessen.de

WIR BRAUCHEN GELD!
**Liebe Leserinnen
und Leser,**

wir bedanken uns herzlich für alle
eingegangenen Spenden und bit-
ten nochmals um Überweisung
der Abo-Gebühren und um weite-
re Spenden. Die benötigen wir
dringend, um das Gießener Echo
auch in Zukunft in dieser Auflage
herausbringen zu können. Diese
Bitte richtet sich auch an unsere
On-line-Leser. Das Gießener
Echo ist verlässlicher Partner im
Kampf gegen Krieg und Sozial-
abbau, gibt Informationen, die
andere verschweigen und unter-
stützt viele Gießener Organisati-
onen und Initiativen in ihrer Ar-
beit. - Wir erinnern: Spenden an
politische Parteien können von
der Steuer abgesetzt werden. Das
Finanzamt erstattet 50% des ge-
spendeten Betrages.

Sparkasse Gießen, IBAN:
DE75 51350025 0000 1930
70,

Es grüßt mit herzlichem Dank
Die Echo-Redaktion